

germaßen hinnehmbaren Zeitperspektiven abzuarbeiten.

Ich bin auch froh darüber, dass wir in Nordrhein-Westfalen so langsam flächendeckend eine Struktur bei den Pflegeschulen haben, in der zum Beispiel die Menschen, die aus dem Ausland kommen, ortsnah in der Fläche zusätzliche Fähigkeiten erwerben können.

Ich sage ganz klar: In dieser Wahlperiode ist es natürlich auch so, dass die Krankenhäuser ein Schwerpunkt der Politik des Ministeriums sind. Neben dem, was wir sonst immer für die Krankenhäuser getan haben, sind 2,5 Milliarden Euro in der jetzigen Zeit eine Menge. Liebe Leute, es ist aber auch wichtig, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine gute, intakte, flächendeckende Krankenhausstruktur behalten,

(Beifall von der CDU)

sodass die Menschen auch im Alter oder egal, in welchem Alter, gute medizinische Leistungen erhalten. Auch Pflege ist ohne diese medizinische Infrastruktur nicht denkbar.

Wir schaffen über 300 neue Studienplätze in Ostwestfalen, damit wir demnächst überhaupt noch Hausärzte im ostwestfälischen Raum haben. Das kommt auch den alten Leuten zugute.

Deswegen ist das so nicht einfach, und man sollte nicht sagen: Seit 1996 ist nichts erhöht worden, und deswegen ist nichts passiert. – Schauen Sie einfach, wo ich Schwerpunkte gesetzt habe. Ich bin sicher, dass die Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen der Meinung ist, dass ich die richtigen Schwerpunkte gesetzt habe. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Schluss der Aussprache und gehen zur Abstimmung über.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/9161 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend – sowie an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ich frage: Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Keine Gegenstimmen. Wer Enthält sich? – Auch keine Enthaltungen. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Ich rufe auf:

10 Gemeinsamer Einsatz für die Einlagensicherheit der nordrhein-westfälischen Sparer – Die Vergemeinschaftung aller Bankenrisiken auf EU-Ebene durch die Einführung einer europäischen Einlagensicherung unter Einbeziehung von regional wirtschaftenden Volksbanken und Sparkassen muss verhindert werden!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/9152

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der FDP dem Abgeordnetenkollegen Herrn Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die aktuellen Entwicklungen auf europäischer Ebene zur Einlagensicherung sind besorgniserregend. Neben den bekannten ersten beiden Säulen europäischer Bankenregulierung, nämlich einheitlichen Standards bei der Aufsicht und der Abwicklung, forcieren viele Länder aus der EU nun zusätzlich als dritte Säule eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherungssysteme.

Was sich unter dem Stichwort „EDIS“ vielleicht recht niedlich anhört, ist in Wahrheit brandgefährlich; denn es verletzt massiv unsere nationalen Interessen und plündert unsere Sicherungssysteme zum Nachteil der heimischen Sparer.

In letzter Sekunde sind qualifizierte Mehrheiten für ein Trilogverfahren im zuständigen Fachausschuss des Europäischen Parlaments gerade noch verhindert worden. Die Gefahr der Vergemeinschaftung bleibt allerdings bestehen – was nach unserer Auffassung dem Leistungsprinzip und dem Eigentumschutz massiv widerspricht.

Das Thema wird uns nach der Europawahl leider erhalten bleiben und in der neuen Wahlperiode voraussichtlich wieder erreichen. Auch deshalb ist es so wichtig, am 9. Juni 2024 dort falsche Mehrheiten zu verhindern.

Ein Großteil der Staaten hat grundlegend andere Interessen als unser Land. Jedes ist ein hoch problematisches Bail-out: Nationale Fehlentscheidungen und unterlassene Risikovorsorge von Banken würden auf gemeinschaftliche Fonds und damit auf solide wirtschaftende Institute in der Region abgewälzt.

Bekanntlich hängt die Höhe der Verzinsung auch von den eingegangenen Anlagerisiken ab. Das bedeutet im Klartext: Heimische oder regional orientierte Banken, die riskante Geschäfte unterlassen und daher defensiv mit Zinsangeboten sein müssen, haften und zahlen dann für die Zockerei internationaler Spekulationen fremder Institute.

Besonders grotesk ist diese Situation für alle Regionalbanken im Drei-Säulen-Modell. Wir haben diese Thematik in den letzten Wochen vor allem mit Genossenschaftsbanken und Sparkassen intensiv erörtert, die uns die existenzielle Bedeutung dieses Themas für sie verdeutlicht haben.

Sie erwarten der Sache wegen ein gemeinsames, parteiübergreifendes Vorgehen, da es ohnehin schwer genug ist, auf europäischer Ebene die erforderlichen Mehrheiten zu organisieren, weil eine hohe Zahl der Nachbarländer andere, eigene Interessen hat.

Das Neugeschäftsmodell sieht in der digitalen Welt heute häufig so aus: Die Plattform WeltSparen bietet von ausländischen Banken besser verzinsten Tages- und Festgeldern an, als es die Raiffeisenbank, die private Regionalbank oder die Sparkasse um die Ecke als Präsenzbank mit Filialen und den damit verbundenen Fixkosten machen kann. Die heimischen Institute verlieren so einen Teil ihrer Kunden. Wenn bei der internationalen Anlage einmal etwas schiefgeht, dann sollen sie zukünftig mit ihren aufgebauten Institutssicherungen dafür haften.

Diese Begehrlichkeiten widersprechen nach Auffassung der FDP-Landtagsfraktion jedem Leistungsprinzip. Die Konsequenz einer solchen Rechtsänderung wäre gerade nicht die notwendige Stabilisierung des Finanzsektors, sondern der Anreiz zur Unterlassung gebotener eigener Risikoabsicherung. Das ist nordrhein-westfälischen Anlegern nicht zuzumuten. Kein anderes Bundesland hat eine solch vielfältige und facettenreiche Landschaft privater und genossenschaftlicher Banken und Sparkassen wie wir in Nordrhein-Westfalen.

Ich weiß, dass der Bundesfinanzminister diese Haltung teilt, und gehe auch davon aus, dass unser Finanzminister in Nordrhein-Westfalen unserem Antrag inhaltlich zustimmt. Jedenfalls hat der Abgeordnete Dr. Marcus Optendrenk mit Landtagsdrucksache 16/1322 eine wirklich gute Antragsinitiative gestartet und auch eine kluge Rede zu diesem Thema gehalten, die Sie im Plenarprotokoll 16/11 nachlesen können.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Deswegen ist er auch Minister geworden!)

Die zentrale Botschaft dieses Antrags lautet auf Seite 3:

„Der Landtag [...] fordert, dass das in Deutschland bewährte Drei-Säulen-Modell nicht gefährdet wird und es nicht zu einer einheitlichen Einlagensicherung in Europa kommen darf, die die Haftungssysteme der Sparkassen und Landesbanken sowie der Genossenschaftsbanken zerstören würde.“

(Simon Rock [GRÜNE]: Der letzte Halbsatz ist entscheidend!)

Wir haben dem damals, wie Sie wissen, Herr Dr. Optendrenk, zugestimmt. Da sich Ihre Haltung in dieser Frage sicherlich nicht geändert hat, freuen wir uns, gleich von Ihnen dargelegt zu bekommen, welche Anstrengungen Sie heute unternehmen und wie Sie auch die Chancen Ihres neuen Amtes nutzen, um für Unterstützung in dieser Frage zu sorgen. Die weiteren regulatorischen Eingriffe auf europäischer Ebene, die eine Herausforderung für unsere regionalen Kreditinstitute sind, kennen Sie. Deshalb ist es so wichtig, hier alle Möglichkeiten zu nutzen.

Wenn man auf die Websites anderer Regierungen von Bundesländern schaut, findet man direkt etwas zu diesen Themen. In Nordrhein-Westfalen ist das nach meiner Kenntnis noch nicht der Fall. Aber dazu können Sie sicherlich gleich noch Ihren Beitrag leisten.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Ihre Redezeit.

Ralf Witzel (FDP): Ich danke Ihnen. Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Für die Fraktion der CDU hat nun der Abgeordnetenkollege Herr Tigges das Wort.

Raphael Tigges (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Witzel, ich betrachte den uns hier vorgelegten Antrag als nett gemeinten Versuch der FDP zum Europawahlkampf. Ich glaube, er kann keine andere Intention haben; denn ich kann auch nicht einordnen, was er ganz konkret zum Ziel haben soll.

Beim Lesen kam ich auf den Gedanken, dass es vielleicht ein Misstrauensvotum gegen den eigenen Bundesfinanzminister sein könnte,

(Ralf Witzel [FDP]: Das habe ich doch gerade klar gesagt!)

der das Thema aus seiner Sicht anscheinend nicht verhandelt bekommt, sodass Sie meinen, dass es da noch irgendeiner Art von Unterstützung bedarf.

Denn Christian Lindner ist derjenige auf Bundesebene im Kreise der Finanzminister der Länder, der am ehesten auf europäischer Ebene Einfluss nehmen kann, um dieses Thema zu bewegen.

(Ralf Witzel [FDP]: Das tut er!)

Vielleicht kommen Sie da nicht weiter, vielleicht hört er Sie auch nicht an, oder möglicherweise hat er auch schon aufgegeben, das in Berlin zu bewegen.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie haben mir nicht zugehört! Ich habe dazu explizit etwas gesagt! –

Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie haben doch schon geredet, Herr Witzel!

Denn sonst würden Sie, Herr Witzel, doch jetzt nicht bei der Landesregierung um Hilfe bitten, oder?

(Ralf Witzel [FDP]: Herr Tigges hat mir aber nicht zugehört!)

Das ist doch wahrscheinlich das Problem. Vielleicht hatten Sie auch die Hoffnung – die FDP scheint jetzt die Liebe für die Genossenschaftsbanken und Sparkassen entdeckt zu haben –, dass der eine oder andere dann die FDP bei der Europawahl ankreuzt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das glaube ich kaum!)

Ich will Ihnen aber sagen, was der Antrag auf jeden Fall bewirkt: Er schürt einmal mehr Verunsicherung und Europaverdrossenheit und stärkt – auch mit Ihren Aussagen, die Sie hier tätigen – antidemokratische sowie europafeindliche Kräfte.

(Ralf Witzel [FDP]: Was für ein Blödsinn!)

Deswegen finde ich es schade, dass dieser Antrag von Ihnen kommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Sache: Ja, Sie haben recht. Anfang Juni wird das Europaparlament neu gewählt. Die politische Zusammensetzung im Parlament und in der Kommission wird dann möglicherweise eine andere sein. Das kann natürlich die Diskussion und auch die Entscheidung zu diesem Thema, zum EDIS, neu bewegen und lenken.

Unser gemeinsames Ziel sollte insgesamt und langfristig sein, das europäische Bankensystem weiter zu stabilisieren und resistenter zu machen – der Einstieg dafür ist ja 2014 konsequent erfolgt –, allerdings nicht um jeden Preis; da stimme ich Ihnen zu.

Wir als CDU lehnen ebenfalls eine Vergemeinschaftung der Haftungsrisiken ab. Das haben Sie auch gerade noch mit Ihren Zitaten unseres Abgeordneten Dr. Marcus Optendrenk aus vergangenen Tagen unterstrichen.

Wir müssen bei diesem Thema die unterschiedlichen Strukturen der Bankenlandschaften in den Mitgliedsländern zukünftig viel stärker berücksichtigen und dürfen die gut funktionierenden Sicherungssysteme bei den Sparkassen und Genossenschaftsbanken nicht gefährden. Sie sind auch seit 2015 als gut funktionierende Systeme anerkannt worden. Wir müssen diese sinnvoll und zum Wohle der Kunden einbinden und vielleicht auch im Sinne eines gemeinsamen Sicherungsfonds weiterentwickeln.

Wir brauchen klare Spielregeln und Gesetze – wie beispielsweise im Beihilferecht oder bei der Bankenunion – sowie vor allen Dingen einen homogenen Bankenmarkt, um das Ganze sicherungsfest aufzustellen.

Wir brauchen eine Bereinigung der Bankbilanzen in Europa – das wurde in der Diskussion auch immer wieder deutlich –; denn viele Bankbilanzen beinhalten unkalkulierbare Risiken. Das wäre wichtig, bevor man in ein neues Sicherungssystem startet. Das haben Finanzminister Dr. Optendrenk, aber auch viele CDU-Politiker auf Bundes- und Europaebene immer wieder betont.

Deswegen, Herr Witzel, brauchen wir auch keine Aufforderung von Ihnen. Mir ist nämlich nicht bekannt, dass die Landesregierung in NRW es gut findet, wenn Bankenrisiken vergemeinschaftet werden. Sie tut schon alles, was in ihrem Bereich möglich ist, um darauf Einfluss zu nehmen.

Der ECON-Ausschuss des Europäischen Parlaments hat wohlgemerkt gegen die Stimmen der deutschen Abgeordneten für die Überführung der nationalen Einlagensicherung in eine neu zu ordnende Sicherung gestimmt. Die Mehrheit war nicht ausreichend, um die Entscheidung vom Rat freigeben zu lassen; das ist richtig. Deswegen sind in der weiteren Beratungsfolge auch noch alle Optionen und Gespräche möglich – wobei noch gar nicht so richtig klar ist, wann es da mit den Verhandlungen weitergeht.

Der Intention Ihres Antrags, Herr Witzel, sind wir nicht abgeneigt. Auch wir lehnen die Vergemeinschaftung von Bankenrisiken ab, und wir schätzen die Einlagensicherungen der Sparkassen und Genossenschaftsbanken sehr, da sie eine Institutssicherung zum Ziele haben – und eben nicht nur eine reine Einlagensicherung oder eine reine Entschädigungszahlung im Krisenfall.

Deswegen ist das auch so wichtig. Ich kann als ehemaliger Mitarbeiter der Sparkassenorganisation auch aus vielen Gesprächen bestätigen, dass diese Institutssicherung für viele Kunden bei der Wahl ihrer Bank ein wichtiges Kriterium war.

Gerade der Sparkassensektor und die Genossenschaftsbanken zeichnen sich durch ihr gründliches Risikomanagement, ihr solides Kredit- und Anlagegeschäft mit sehr umsichtiger Risikovorsorge und ihre Nähe zum Kunden aus.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Deswegen sind wir nicht nur stolz – ich komme zum Ende, Frau Präsidentin – auf die Sparkassen und Genossenschaftsbanken, sondern davon überzeugt, dass sie auch als Vorbild eines soliden Bankenhandels dienen können.

Deswegen ist es wichtig, dass man in den weiteren Gesprächen kreativ überlegt, hybride ratingabhängige Systeme zu schaffen, die vielleicht unterschiedliche Beitragsstrukturen in Erwägung ziehen, und dadurch die Brandmauern schafft, Herr Witzel, die Sie ansprechen, um nachteilige Kostenentwicklungen zu vermeiden.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Ihre Redezeit, Herr Tigges.

Raphael Tigges (CDU): Das werden wir im Detail klären. Dazu brauchen wir Ihren Antrag aber nicht. Er ist nicht zielführend genug und enthält zudem den falschen Adressaten. Wahrscheinlich ist er der Europawahl geschuldet. Deswegen lehnen wir ihn an dieser Stelle ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Für die Fraktion der SPD spricht nun der Abgeordnetenkollege Herr Baer.

Alexander Baer (SPD): Danke. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Tigges, ich habe tatsächlich zugehört. So richtig hat sich mir nicht erschlossen, welcher Teil es war, dem Sie gar nicht zustimmen können. Aber wenn Sie meinen, aus Prinzip sei das der richtige Weg: Nun denn.

Bereits seit einigen Jahren wird in der EU über eine Entscheidung zum europäischen Einlagensicherungssystem diskutiert, der dritten Säule der europäischen Bankenunion.

Wie so oft bei vielen beteiligten Interessen ist es trotz gemeinsamer Ziele schwierig, ein Ergebnis auszuhandeln. Denn diese Ziele sind zwar durchaus redlich und unterstützenswert; aber oft kommt es eben auf die Details und auf nationale Eigenheiten an.

Ich habe immer gesagt, dass die Einheit Europas ein sehr hohes Gut ist – vor allem auch, um den Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit zu bieten. Europa ist unser Schutzschild vor politischen, wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sogar kriegserischen Bedrohungen aus der ganzen Welt. Zum Schutz vor wirtschaftlichen Risiken trägt auch die Bankenunion bei, die die europäische Volkswirtschaft und unsere Banken stärken soll.

Ich bin glühender Europäer. Es gibt keine Alternative, um unsere Interessen zwischen den großen Mächten der Welt abzusichern und um Frieden und Freiheit auf unserem kriegsgeplagten Kontinent zu bewahren. Ich möchte ein Europa des freundschaftlichen Zusammenhalts und nicht des nationalen Gegeneinanders.

(Beifall von Christian Dahm [SPD])

Aber natürlich nehme ich mir trotzdem das Recht heraus, anderer Meinung zu sein als andere Europäer. Denn ich möchte nur das Beste für unser Europa. Das Beste haben wir bei der Diskussion um die Einlagensicherheit eben noch nicht erreicht. Fernab

vom eitlen Nationalstolz bin ich nämlich überzeugt, dass wir hier bei uns in Deutschland bereits das bestmögliche Sicherungssystem haben.

Als Bankkaufmann und Sparkassen-Betriebswirt – da können wir uns die Hand reichen, Herr Tigges – mag ich da vielleicht etwas voreingenommen sein. Aber ich glaube, auch ohne meine beruflichen Stationen in einer Volksbank und in einer Sparkasse kann ich mit Fug und Recht behaupten, dass die Institutsicherung unserer genossenschaftlichen Banken und unserer Sparkassen europaweit ihresgleichen sucht.

Die Bedeutung dieser Institute für unsere Wirtschaft und den Mittelstand ist immens. Die zusätzlichen Belastungen, die im Falle einer Vergemeinschaftung der Risiken auf unsere kleinen und mittelständischen Institute zukämen, wären ebenfalls immens. Wir wollen und wir brauchen die Geno-Banken und die Sparkassen in unserem Land.

In der aktuell vorliegenden Form möchten wir also den EU-Vorschlag auch noch einmal in diesem Sinne überarbeitet wissen. Ich würde mir wünschen, dass alle politischen Kräfte und Ebenen hiezulande da an einem Strang ziehen.

Deshalb unterstützen wir die Aufforderung an die Landesregierung und stimmen dem Antrag der FDP zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Abgeordnetenkollege Herr Rock.

Simon Rock (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Inhalt des Antrags, über den wir reden, ist wahrlich nicht neu. Herr Kollege Witzel hat gerade auch angesprochen, dass es dazu schon 2012 eine breite Debatte gegeben hat. Ich habe auch noch einmal in die Plenarprotokolle hineingeguckt. Sie haben sich an dieser Debatte mit beteiligt.

(Ralf Witzel [FDP]: Ja!)

Umso überraschter war ich über Ihre Pressemitteilung heute Morgen, in der Sie ausgeführt haben, die Diskussion sei nur einige wenige Wochen alt. Das wundert mich schon, weil seit 2012 schon ein paar mehr Wochen vergangen sind. Deshalb kann ich mir den Zeitpunkt dieses Antrags auch nur mit dem anstehenden Europawahlkampf erklären, in dem Sie noch ein paar Punkte sammeln wollen. Aber sei es drum!

Sie betonen im Titel Ihres Antrags einen gemeinsamen, parteiübergreifenden Einsatz im Sinne der Sparerinnen und Sparer in Nordrhein-Westfalen.

Tatsächlich ist es so, dass es im europäischen Parlament genau dazu eine parteiübergreifende Initiative von deutschen Abgeordneten gab, und zwar über das gesamte Parteienspektrum von Linken über Grüne, CDU und SPD bis zur FDP.

Gemeinsam ist das Ziel verfolgt worden, die Interessen von Volksbanken und Sparkassen bei der Harmonisierung der europäischen Einlagensicherung zu wahren. Dieses Ziel teilen wir als Grüne in Nordrhein-Westfalen selbstverständlich.

Wenn Sie nur die Überschrift Ihres Antrags, die nicht gerade kurz ist, zur Abstimmung gestellt hätten, könnten wir da auch gut mitgehen. Mit Blick auf den gesamten Antragstext tun wir uns damit aber ein bisschen schwer. Das möchte ich auch begründen.

Zunächst einmal ist es so, dass wir Grünen die Vollendung von Bankenunion und Kapitalmarktunion als Reaktion auf die Finanzkrise von 2008/2009 befürworten und somit auch die Bankenregulierung. Einen Totalausschluss der europäischen Einlagensicherung – das klingt zwischen den Zeilen in Ihrem Antrag durch – können wir da nicht unterschreiben.

Auf europäischer Ebene wurde in den zurückliegenden Wochen über mehrere Pakete verhandelt, die die europäische Einlagensicherung betreffen. In diesen Beratungen lag ein Fokus auf der Harmonisierung von institutsbezogenen Sicherungssystemen. „Harmonisierung“ klingt ja auf den ersten Blick gut. Aber was dahintersteckt, ist speziell für Deutschland, Österreich und Spanien in der Tat keine gute Nachricht.

Insbesondere in diesen drei Ländern kommen institutsbezogene Sicherungssysteme zum Tragen, da es hier große Sparkassen und Genossenschaftsbanken gibt. Deutsche Sparkassen und Volksbanken sind nicht mit europäischen Großbanken vergleichbar und haben auch bereits ausreichende Sicherungssysteme. Insofern gehe ich an dieser Stelle ausdrücklich mit Ihnen mit. Die eigenständigen Sicherungssysteme müssen selbstverständlich bei der europäischen Einlagensicherung auch in Zukunft Berücksichtigung finden.

Ich bin durchaus für ein gesundes Selbstbewusstsein von Nordrhein-Westfalen, das für sich genommen ja auch viel größer ist als viele EU-Mitgliedsstaaten. Dennoch müssen wir schauen, dass wir uns da nicht verheben. Nordrhein-Westfalen hat als Bundesland keinen Einfluss auf die Debatten im europäischen Kontext.

Hinzu kommt, dass die aktuellen EU-Debatten keinen rechtsverbindlichen Charakter haben und somit auch keinen direkten Einfluss auf Nordrhein-Westfalen. Es besteht schlicht keine Notwendigkeit, sich in diesem Moment als Landtag Nordrhein-Westfalen dazu zu verhalten – außer man möchte damit Wahlkampf machen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Im Übrigen ist der richtige Adressat neben den EU-Abgeordneten auch die Bundesregierung. Die Federführung hierfür liegt beim Bundesfinanzministerium, also bei dem Bundesfinanzminister und Ihrem Bundesvorsitzenden. Ich gehe auch davon aus, dass es seine Aufgabe ist, im Rahmen seines Finanzministerkollegienkreises eine Mehrheit zu verhandeln. Wenn Sie das für sinnvoll halten und unterstützen wollen, werden Sie sicherlich andere Wege finden, als ihn über den Umweg der schwarz-grünen Landesregierung zu kontaktieren.

Vor diesem Hintergrund sehen wir keine Notwendigkeit, dem FDP-Antrag heute zuzustimmen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der CDU)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD spricht nun der Abgeordnete Herr Dr. Beucker.

Dr. Hartmut Beucker (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Damen, geehrte Herren! Mit diesem Antrag wird in sehr verdienstvoller Weise ein Problem auf die Tagesordnung gehievt, das durchaus als gravierend zu bezeichnen ist. Worum geht es?

Das deutsche Bankensystem ist von zwei Ebenen gekennzeichnet und außerdem von einer Drei-Säulen-Struktur geprägt. Die erste Ebene umfasst die kundenorientierten Kreditinstitute, um die es hier geht. Dort wird das Drei-Säulen-Modell von privaten Geschäftsbanken, öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten und Genossenschaftsbanken gekennzeichnet. Das gibt es sonst in Europa nicht.

Dieser Umstand ist Anlass für eine ärgerliche Entwicklung. Nicht erst seit der Bankenkrise 2008, aber erst recht danach sorgt man sich seitens der Regierungen darum, etwas Derartiges wie die Krise in Zukunft zu vermeiden. Gestärkt werden soll die Einlagensicherung der Banken, die den Bankkunden ihre Gelder erhält.

Die Sparkassen haben viel Geld und Arbeit in ein System gesteckt, in dem sie sich erfolgreich gegenseitig stützen. Das gilt auch für die Genossenschaftsbanken. Sie wollten damit auch verhindern, in ein europäisches System der Einlagensicherung gezwungen zu werden, in dem sie dann Institute stützen müssten, die rein vom Geschäftsmodell her schon weitaus größere Risiken eingehen als die Banken dieser beiden deutschen Säulen. Sie müssten dann auch weitaus größere Summen aufwenden.

Es sieht so aus, als ließe sich dies nicht verhindern.

Fatal ist das, weil die Sparkassen- und Volksbankkunden so die Gier anderer Institute mit hohen Summen absichern müssten.

Fatal ist das, weil Brüssel wieder einmal Besonderheiten in Deutschland nicht zu würdigen weiß und der große Gleichmacher alle Unterschiede einebnet und plattmacht.

Fatal ist das, weil damit das Subsidiaritätsgebot der EU-Verträge gebrochen wird, nach dem europaweit nur das geregelt wird, was nicht besser in den Einzelstaaten geregelt werden kann – und die Einlagensicherung der beiden Säulen kann erwiesenermaßen in Deutschland mindestens genauso gut erledigt werden.

Das alles bestätigt die Kritik der AfD an der EU. Sie hält ihre eigenen Zusagen nicht ein und greift unnötig krakenhaft in die Verhältnisse der Mitgliedsstaaten ein.

Die FDP erkennt das wohl. Ich zitiere:

„Eine einheitliche europäische Einlagensicherung in der vorgeschlagenen Form ist nicht nur aufgrund der bestehenden dezentralen Sicherungssysteme überflüssig, sondern würde ebenso die Finanzmarktstabilität gefährden und vor allem zu einem ‚Moral Hazard‘ in Bezug auf das Risikomanagement von Banken führen.“

Ja, so ist es. Wir als AfD sagen das schon lange.

Allerdings konnte ich mir das Lachen nicht verkneifen, als ich den Antrag gelesen habe. Es soll ein Grund dafür sein, dem Antrag zuzustimmen, dass Populisten nicht der Rücken gestärkt wird. Populisten sind ja die, die ohne Grund eine Gefahr aufbauen, um Institutionen verächtlich zu machen – würden Sie sagen und damit die AfD meinen. Aber nun ist nicht nur die Gefahr da; sie verwirklicht sich auch. Was nun? Ist da nicht derjenige gefährlich, der bis zuletzt den Kopf in den Sand gesteckt und die Augen verschlossen hat, wie die FDP und die restlichen Altparteien? Sie haben der Entwicklung ihren Lauf gelassen, und Sie sind dafür verantwortlich, dass wohl wieder eine erfolgreiche regionale Variante in Europa verschwinden wird.

Die FDP wird sich in aller Vehemenz gegen eine europäische Einlagensicherung stellen – allerdings nur bis zur Europawahl am 9. Juni 2024. Dann wird der FDP-Finanzminister irgendeinen faulen Kompromiss auf europäischer Ebene mitmachen. Die Verhandlungen dazu beginnen sofort nach Schließung der Wahllokale.

Die Gefahr ist, dass die Banken in Europa so immer größer werden, im Falle einer Insolvenz das System gefährden und nicht mehr kontrolliert abgewickelt werden können. Und die kleinen deutschen Institute würden in Zusammenschlüsse genötigt, weil irgendein Eurokrat meint, sie seien instabil und/oder stän-

den den Träumereien von einem europäischen Zentralstaat im Wege. Das ist natürlich auch schlecht für den gesamten Mittelstand. Die FDP jedenfalls macht keine faulen Kompromisse. Wir stimmen dem Antrag ganz zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Für die Landesregierung spricht nun Minister Dr. Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk, Minister der Finanzen: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Weiterentwicklung der Banken- und Kapitalmarktunion und die Schaffung eines echten Finanzbinnenmarktes in Europa sind ein wichtiges Projekt, das es voranzutreiben gilt, denn nur gemeinsam kann Europa international wettbewerbsfähig bleiben und die gesellschaftliche, ökologische und ökonomische Transformation meistern.

Es gibt genug privates Kapital auf der Welt, das für diese Investitionen zur Verfügung steht; es fließt nur leider weitgehend an Europa vorbei. Deshalb muss ganz sicher auch das Regulierungssystem in Europa verändert werden. Privates Kapital braucht verlässliche Rahmenbedingungen, einen verlässlichen Rechtsrahmen in der EU. Das erfordert ganz sicher auch Veränderungen in den Haftungsregelungen.

Trotzdem sind wir uns alle einig, dass sich die nationalen Einlagensicherungssysteme und ganz speziell die Institutssicherungssysteme der Volksbanken und Sparkassen in Deutschland bewährt haben. Diese müssen in ihrer Absicherungsfunktion erhalten bleiben.

(Beifall von Raphael Tigges [CDU])

Nicht zuletzt ist es nämlich den Institutssicherungssystemen zu verdanken, dass sich in Deutschland niemand Sorge um die Stabilität seiner Sparkasse, seiner Volksbank, seiner Genossenschaftsbank oder um seine Ersparnisse machen muss. Die Volksbanken und Sparkassen sind in Zeiten großer Verunsicherung ein wichtiger Stabilitätsanker für die Menschen vor Ort. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger darauf, dass ihre Ersparnisse in sicheren Händen sind, darf eben nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Das hat aber, soweit ich erkennen kann, derzeit auf europäischer Ebene auch niemand vor. Der aktuell diskutierte Vorschlag sieht die Einführung eines EDIS zunächst in der Variante eines bloßen Liquiditätstools vor, das den teilnehmenden Einlagensicherungssystemen für den Fall Darlehen gewährt, dass Mittel aus einer nationalen Einlagensicherung nicht ausreichen.

Der angedachte Kompromiss sieht daher vor, dass die EU-Banken zusätzlich Mittel in einem neuen

europäischen Einlagensicherungsfonds ansammeln müssen, und zwar auch auf Basis einer Positionierung des ECON – Sie haben eben schon gehört: in einer derzeit nicht verbindlichen Fassung. Die bisherigen Ausschussberatungen haben auf europäischer Ebene bislang zu keinem Mandat für Trilogverhandlungen geführt. Somit gibt es auch keine abschließende Positionierung des Europäischen Parlaments, über die verhandelt werden könnte oder müsste.

Ein konkretes Verfahren hin zu einer wirksamen Einigung über eine Einrichtung eines solchen Systems steht momentan nicht im Raum. Da wir derzeit auch eine nicht nur interessante Diskussion im Zusammenhang mit dem 9. Juni haben, sondern auch mangels einer Plenarberatung des Europäischen Parlaments wegen der bevorstehenden Europawahlen keine Rechtsakte mehr möglich sind, sind wir an der Stelle nicht in der Notwendigkeit, uns hier nun abschließend zu positionieren.

Genau wie die nordrhein-westfälische Landesregierung setzt sich aber auch der Bundesfinanzminister bereits auf verschiedenen Ebenen für den Erhalt unserer nationalen Instituts- und Einlagensicherungssysteme ein. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, auch der Finanzminister persönlich, nutzen bereits seit Langem die Kontakte sowohl im Rahmen der Finanzministerkonferenz von Bund und Ländern als auch auf europäischer Ebene, um sich für die Sicherheit deutscher Spareinlagen einzusetzen. Zuletzt hat Nordrhein-Westfalen das im Bundesrat in Bezug auf das CMDI-Paket gemacht. Da bestand auch die Gefahr, dass man möglicherweise Institutssicherungssysteme in ihrer Funktion hätte aushöhlen können.

Die Landesregierung wird deshalb die Entwicklungen auf europäischer Ebene weiter verfolgen. Wir haben auch von uns aus schon unabhängig von den Aktivitäten des Parlaments den Bundesfinanzminister gebeten, uns in der nächsten Sitzung der Finanzministerkonferenz Ende Mai seine Einschätzung zur Situation, aber auch die Herausforderungen, die er sieht, um das entsprechend politisch zu beeinflussen, zu schildern.

Deshalb kann ich an der Stelle sicherlich sagen, dass wir in der Sache nicht auseinander sind und dass ich großes Vertrauen habe, dass der Bundesfinanzminister die Interessen Deutschlands an der Stelle sehr nachhaltig wahrnimmt. Wir sind uns auch unter den Finanzministerinnen und Finanzministern der Länder parteiübergreifend einig. Ob man dazu eine parlamentarische Initiative dieser Art heute benötigt, mag das Parlament selbst entscheiden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank, Herr Minister Optendrenk. Es liegt eine Kurzintervention

des Abgeordnetenkollegen Herrn Witzel vor. Selbstverständlich können Sie auf diese von Ihrem Platz aus eingehen. – Herr Witzel, Sie haben das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Vielen Dank, Herr Finanzminister, dass Sie das Verhalten der Bundesregierung und auch des Bundesfinanzministers positiv erwähnt haben. Das ist auch völlig berechtigt.

(Lachen von Josef Hovenjürgen, Parlamentarischer Staatssekretär im Geschäftsbereich der Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung)

Weil Sie im Plenarprotokoll 16/11, das ich eben zitiert hatte, das Nachfolgende gesagt haben, ergibt sich aber doch noch Diskussionsbedarf; Sie haben gesagt:

„Das Subsidiaritätsprinzip muss hier in seiner ganzen Tragweite zur Geltung gebracht werden. [...] Und es darf nicht sein, dass Banken aus anderen Mitgliedstaaten von der deutschen Einlagensicherung profitieren, anstatt selbst eine aufzubauen. Es kann doch nicht richtig sein, wenn die Vorsorge von Sparkassen und Volksbanken einfach in Europa vergemeinschaftet würde.“

Die Kollegen Tigges und Rock haben es ja gerade unter dem Stichwort „falscher Adressat“ für nicht legitim gehalten, diese Fragen hier im Landtag zu diskutieren, so wie Sie das vor über zehn Jahren ja schon auch mit meiner Unterstützung, wie Sie wissen, gemacht haben. Wie stehen Sie zu der Sichtweise der Koalitionsfraktionen?

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Sie dürfen darauf antworten.

Dr. Marcus Optendrenk, Minister der Finanzen: Ich fühle mich an gestern Nachmittag erinnert, als Sie in der Form einer Kurzintervention die Fragestunde wieder aufgreifen wollten, aber ich gehe gern darauf ein.

Ich habe es so verstanden, dass die Koalitionsredner gesagt haben, dass zum jetzigen Zeitpunkt kein weiterer Klärungs- und Handlungsbedarf besteht. Dass das Thema auf der Agenda ist, ist doch völlig unstrittig. Sie haben eben selbst Darstellungen auf Homepages und Internetveröffentlichungen anderer Bundesländer zitiert. Es ist unstrittig, dass das Thema auf europäischer Ebene diskutiert wird, dass es in den Verbänden diskutiert wird.

Bei der Frage, ob es dieses Antrags bedurft hätte, um das in irgendeiner Art und Weise nach vorne zu treiben, haben die beiden Redner nach meinem Verständnis Zweifel geäußert. Diese Zweifel habe ich am Schluss meiner Rede auch geäußert. Ich habe

dem Parlament im Grunde genommen aber eher die Entscheidung zurückübertragen, ob es der Meinung ist, ob Ihr durchaus wieder sehr wortintensiver und komplexer Antrag Zustimmung erfahren sollte, denn das würde ich gerne dem Parlament selbst überlassen.

Sie können sicher sein, dass ich mich auf der Ebene der Finanzministerkonferenz und auf anderen Ebenen, wie ich das eben geschildert habe, im Sinne dessen, was ich seinerzeit und heute gesagt habe, weiter einsetzen werde.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Ende der Aussprache.

Damit gehen wir zur Abstimmung über. Die antragstellende Fraktion der FDP hat direkte Abstimmung beantragt. Wir stimmen daher über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/9152 ab. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Keine Enthaltung. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/9152 abgelehnt**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor dem Aufruf des nächsten Tagesordnungspunkts möchte ich eine nichtförmliche Rüge aussprechen, die Herrn Abgeordneten Loose von der AfD-Fraktion betrifft, der jetzt auch zugegen ist. Herr Loose, Sie können sich an meine Ankündigung gestern erinnern, dass ich Ihren Redeabschnitt noch einmal prüfen lassen werde.

Herr Abgeordneter Loose hat sich in seiner Rede zu Tagesordnungspunkt 8 sowie in seiner Kurzintervention nach der Rede von Ministerin Neubaur zum selben Tagesordnungspunkt der gestrigen 63. Sitzung des Plenums absolut unparlamentarisch geäußert, indem er ihr Betrug und die persönliche Lüge vorgeworfen hat. Das geht überhaupt nicht, und das ist der Würde des Parlaments nicht angemessen. Ich werde diese Äußerung nicht in der Form wiederholen, wie Sie sie gestern getätigt haben, Herr Loose, aber ich mahne und bitte Sie, Derartiges künftig zu unterlassen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich rufe auf:

11 Willkommenskultur für Neugeborene schaffen – Der Demografiekatastrophe entschlossen entgegengetreten – Familiengründung endlich ins richtige Licht rücken.

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/9172

Ich erteile für die antragstellende Fraktion der AfD dem Abgeordneten Herrn Schalley das Wort.

Zacharias Schalley (AfD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Deutschland und Nordrhein-Westfalen altern. Wir haben in Deutschland seit den 70er-Jahren ein kontinuierliches Geburtendefizit. Es werden weniger Kinder geboren, als Menschen sterben. Allein im vergangenen Jahr gab es in NRW rund 70.000 mehr Todesfälle als Geburten.

Woran liegt es, dass jede fünfte Frau in Deutschland kinderlos ist und sich immer mehr Frauen bewusst dafür entscheiden?

Zahlreiche Studien belegen hingegen, dass Kinder für den Körper und den Geist gesund sind. Studien in Australien ergaben, dass Mütter ein höheres Wohlbefinden haben. In Norwegen stellte man ein höheres Selbstwertgefühl von Müttern fest. Andere Studien belegen eine höhere Resistenz gegen Erkältungen und einen besseren Blutdruck. Das Elternsein hat also zahlreiche positive Implikationen.

Dennoch ist das Ideal, das in der Öffentlichkeit und in den Medien präsentiert wird, die kinderlose Frau, die Karriere macht und sich selbst verwirklicht, als wären Karriere und Selbstverwirklichung ein Widerspruch zur Familiengründung. Woran liegt das?

Im Jahr 2022 kam eine Studie der Hochschule Gera, in der bewusst kinderlose Frauen nach ihrer Motivation befragt wurden, zu dem Ergebnis, dass Kinder als Gegenspieler der Selbstverwirklichung angesehen würden. Das erklärt auch, warum alle ökonomischen Maßnahmen, die die Politik bisher ergriffen hat – Kinderfreibeträge, Kindergeld etc. –, nicht zu einer demografischen Trendwende geführt haben.

Es braucht eine geistige Wende, die die positiven Aspekte von eigenen Kindern hervorhebt.

(Beifall von der AfD)

Erinnern Sie sich noch an die Werbung der nordrhein-westfälischen Firma Vorwerk am Anfang der 2000er-Jahre? Bei einem Vorstellungsgespräch wird eine Frau vom männlichen Chef in spe abschätzig gefragt: „Ihr Beruf? Oder sind Sie nur ...?“ Die Frau erwidert selbstbewusst: „Ich arbeite in der Kommunikationsbranche und im Organisationsmanagement. Außerdem gehören Nachwuchsförderung und Mitarbeitermotivation zu meinen Aufgaben. Kurz: Ich führe ein sehr erfolgreiches kleines Familienunternehmen.“

Was in diesem Werbespot der arrogante männliche Chauvinist ist, sind heute links-grüne selbsterklärte Feministinnen. Das im Werbespot unausgesprochene „Hausfrau und Mutter“ zeigt die Lebenslüge des modernen Feminismus. Wenn man die Frauen wirklich befreien und emanzipieren will, sollte man